

Germany-Munich: Architectural, construction, engineering and inspection services

OJ S 15/2019 22/01/2019

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Landeshauptstadt München, Baureferat H7

Postal address: Friedenstraße 40

Town: München

NUTS code: DE212 München, Kreisfreie Stadt

Postal code: 81671

Country: Germany

Contact person: Verfahrensbetreuer: Meixner+Partner GmbH, Gögginger Straße 93, 86199 Augsburg

E-mail: VgV@meixner-partner.de

Telephone: +49 821 / 50105-22

Fax: +49 821 / 50105-10

Internet address(es):

Main address: www.muenchen.de

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.subreport.de/E73391689>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.subreport.de/E73391689>

Tenders or requests to participate must be submitted to the abovementioned address

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Neubau Grundschule mit Einfachsporthalle und Haus für Kinder, Emmy-Noether-Str. —
Techn. Ausrüstung ALG 1, 2, 3 und 8 (HLS) gem. § 55 HOAI 2013, LPH 8, ggf. LPH 9
Reference number: H60b441918

II.1.2. Main CPV code

71000000 Architectural, construction, engineering and inspection services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Landeshauptstadt München plant an der Dachauer-, Hanauer- und Emmy-Noether-Straße in München, den Neubau einer 3-zügigen Grundschule mit Lernhauskonzept (ca. 2 800 m²) und mit Einfachsporthalle (ca. 800 m²), sowie mit einem Haus für Kinder mit 3 Krippengruppen und 2 Kindergartengruppen (ca. 600 m²) auf dem ehemaligen Gelände der Zentralwäscherei (Dachauerstr. 164).

Das Projekt liegt im südöstlichen Teil des Planungsgebietes zwischen Georg-Brauchle-Ring (Nord), Emmy-Noether-Straße (Ost), Dachauer Straße (Südwest) und Hanauer Straße (West). Für dieses neue Wohnquartier wurde 2013 ein städtebaulicher und landschaftsplanerischer Ideen- und Realisierungswettbewerb durchgeführt. Ein Ingenieurbüro war bereits mit den Leistungsphasen 3-7 beauftragt und gilt als vorbefasster Bewerber. Die Ergebnisse des vorbefassten Büros werden den Teilnehmern zur Verfügung gestellt, um alle Teilnehmer auf den selben Wissenstand zu bringen. Die Übernahme der fremden Planung ist besonders wichtig.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71300000 Engineering services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE212 München, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Landeshauptstadt München, Emmy-Noether-Straße

II.2.4. Description of the procurement

Ingenieurleistungen für Technische Ausrüstung ALG 1, 2, 3 und 8 (HLS) LPH 8, ggf. auch 9, gem. § 53 – § 56 HOAI 2013, stufenweise Beauftragung, für den Neubau einer 3-zügigen Grundschule mit Lernhauskonzept (2 800 m²) und mit Einfachsporthalle (800 m²), sowie mit einem Haus für Kinder mit 3 Krippengruppen und 2 Kindergartengruppen (600 m²) an der Dachauer-, Hanauer- und Emmy-Noether-Straße in München auf dem ehemaligen Gelände der Zentralwäscherei (Dachauerstr. 164).

Gegebenenfalls werden auch verschiedene besondere Leistungen beauftragt werden. Wie z. B.:

— Überwachen der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist (laut HOAI Anlage 15 zu § 55, LPH 9).

Die Vergabeverhandlung findet voraussichtlich im März/April 2019 statt. Auftragsvergabe ist direkt im Anschluss, Leistungsbeginn ist sofort nach Auftragserteilung.

Das Bauvorhaben wird als Neubau in einem Zug erstellt werden.

Die LPH 7 ist bereits abgeschlossen. Der Baubeginn ist bereits erfolgt, die Baufertigstellung für die Grundschule, Einfachsporthalle und das Haus für Kinder ist circa für Mai 2020 vorgesehen.

Inbetriebnahme voraussichtlich im Sommer 2020. Die Projektabschluss einschließlich Verwendungsnachweis und Abrechnung für Juni 2021.

Der Auftraggeber ordnet das Projekt der Honorarzone II zu.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 15/04/2019 End: 30/06/2021

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 5 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

- wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit,
- technische und berufliche Leistungsfähigkeit.

Sollte die Durchführung des Teilnahmewettbewerbs ergeben, dass mehr Bewerber grundsätzlich geeignet sind, als zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden sollen, so wird der Auftraggeber die Bewerber auswählen, welche die unter Ziff. III.1.1. bis III.1.3 aufgeführten Eignungsvoraussetzungen am besten erfüllen. Um dies zu ermitteln, wird der Auftraggeber eine Auswahlmatrix verwenden.

Die Referenzangaben werden auf der Grundlage der unter Ziff. III.1.3 genannten Unterkriterien bewertet; Einzelheiten sind dem Bewerberbogen sowie der Auswahlmatrix zu entnehmen.

Bei der Bewertung der Referenzen werden alle benannten Referenzen berücksichtigt, sofern sie wertbar sind und soweit die Höchstzahl an zugelassenen Referenzen nicht überschritten ist.

Erfüllen mehrere Bewerber an dem Teilnahmewettbewerb gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der Auswahlmatrix zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden.

Hinweis Nachnominierung: Im Falle einer Absage eines Teilnehmers der Vergabeverhandlung behält sich die Vergabestelle vor, der Rangfolge des Auswahlverfahrens entsprechend das nächst platzierte Büro zur Teilnahme an der Vergabeverhandlung einzuladen. Ein Rechtsanspruch auf diese sogenannte Nachnominierung besteht aber nicht. Eine Nachnominierung wird wenn, dann jedoch nur bis spätestens 10 Tage vor Vergabeverhandlung ausgesprochen. Diese Regelung soll einem nachnominierten Teilnehmer eine Mindest-Vorbereitungszeit und somit die Gleichbehandlung aller Teilnehmer sicherstellen.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung:

Stufe 1: Beauftragung der LPH 8, gem. § 55 HOAI 2013 Stufe 2: Beauftragung der LPH 9, gem. § 55 HOAI 2013 Zunächst wird die Stufe 1 beauftragt.

Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der weiteren Stufen und Leistungsphasen bzw. auf Gesamtbeauftragung besteht nicht.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Teilnahmeanträge und Honorarangebote, sowie auch Rückfragen, dürfen ausschließlich über die elektronische Vergabeplattform eingereicht werden.

Zu II.2.7:

Die Angaben zur Vertragslaufzeit sind als vorläufige Annahmen des Auftraggebers zu verstehen und stehen unter dem Vorbehalt der Anpassung und Aktualisierung.

Das Ende bezieht sich auf das voraussichtliche Ende der LPH 8.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

- a) Erklärung des Bewerbers über die Inanspruchnahme der Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe). Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist abzugeben;
- b) Erklärung des Bewerbers über die Vergabe von Unteraufträgen. Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, hat er diese im Teilnahmeantrag zu benennen. Der Bewerber muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben;
- c) Der Bewerber hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten 2 Jahren
 - gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
 - gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
 - gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2 500 EUR belegt worden ist.
- d) Erklärung des Bewerbers über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz oder § 19 Mindestlohngesetz in den letzten 2 Jahren;
- e) Erklärung zur Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister;
Ist der Bewerber eine juristische Person, zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Planungsleistungen gehören, ist diese nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bewerbers gem. § 43 Abs. 1 VgV i.V.m. § 75 Abs. 3 VgV nachgewiesen wird, dass der tatsächliche Leistungserbringer (Projektleiter) und dessen Stellvertreter die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllen;
Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,
 - wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen oder
 - wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

- f) Sofern der Besitz einer bestimmten Berechtigung oder die Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation erforderlich ist, ist hierfür eine Erklärung bzw. ein Nachweis abzugeben;
- g) Der Bewerber muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben;
- h) Erklärung des Bewerbers über die Bildung von Bewerbergemeinschaften.
Bewerbergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

- a) Eigenerklärung des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft über den Gesamtumsatz des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (netto) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV;
- b) Eigenerklärung des Bewerbers gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 bzw. 4 VgV, dass im Auftragsfall der Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit folgendem Inhalt vorgelegt wird:
Mindestanforderung: Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung über 3 000 000 EUR für Personenschäden und über 2 000 000 EUR für Sachschäden bei einem Versicherungsunternehmen, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden.
Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (d. h. ohne Unterscheidung nach Personen- und Sachschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind.
Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens nachgewiesen werden, in der sie den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.
Der Versicherungsnachweis darf nicht älter als 6 Monate sein gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an und muss der Bewerbung beiliegen. Das Ausstellungsdatum muss aus dem Nachweis ersichtlich sein.
Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft eine Versicherung zu den o.g. Bedingungen nachzuweisen. Zudem ist gleichzeitig eine Erklärung des Versicherers bzw. die entsprechende Passage aus dem/den Vertrag/Bedingungen beizufügen, wonach die Versicherung auch bei der Betätigung des Bewerbers als Partner einer Arge, bei Schäden, die vom Versicherungsnehmer verursacht werden, zu den genannten Bedingungen eintritt.
Minimum level(s) of standards possibly required:
Mindestanforderung:
Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung über 3 000 000 EUR für Personenschäden und über 2 000 000 EUR für Sachschäden.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

a) Erklärung des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgem. über die Anzahl der festang. Mitarbeiter und der Führungskräfte in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV. Freie Mitarbeiter sind wie Unterauftragnehmer im Teilnahmeantrag aufzuführen. Die „Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen“ im Teilnahmeantrag unter Anlage 1 ist von den freien Mitarbeitern auszufüllen;

b) Angabe der Fachkräfte gem. § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, d.h. eindeutige Benennung des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters. Erklärung des Bewerbers über die Berufsqualifikation des Projektleiters und der stellvertretenden Projektleiters gem. § 75 VgV. Die Person des Projektleiters und der stellvertretenden Projektleiters erfüllen die fachliche Anforderungen, wenn Sie berechtigt sind die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ (im Sinne des § 75 Abs. 2 VgV) oder „staatlich geprüfter Techniker“ jeweils der Fachrichtung Heizungs-, Sanitär-, Lüftungs-, Klima-, Versorgungstechnik (oder vgl.bar) im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz des Bewerbers) zu führen. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ oder „staatlich geprüfter Techniker“ nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachliche Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG — Berufsanerkennungsrichtlinie — gewährleistet ist.

Nachweis durch Vorlage einer Abschlussurkunde (Diplom, Master, Bachelor, staatli. geprüfter Techniker o.vgl.) aus der Fachrichtung und Abschlussjahr ersichtlich sind.

c) Die Berufserfahrung des Projektleiters und des stellvertr.n Projektleiters im Leistungsbild HLS-Planungen ist jeweils durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes und der o.g. Abschlussurkunde (Diplom, Master, Bachelor, staatli. geprüfter Techniker o. vgl.bar) nachzuweisen. Mindestanforderung sind 5 Jahre Berufserfahrung für den Projektleiter und 3 Jahre für den stellvertr. Projektleiter im Leistungsbild HLS-Planungen.

d) Vorlage von mind. 3 verschiedenen Referenzen vergleichbarer Leistungen des Büros. Referenzen können nicht mehrfach eingereicht werden. Im Falle einer ARGE ist von jedem ARGE-Partner mind. eine Referenz einzureichen.

Für die Referenzprojekte gilt folgende Mindestanforderung:

Der Referenzzeitraum muss zwischen 1.1.2009 – 1.1.2019 liegen, die LPH 8 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen und LPH 8 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein.

Erforderliche Angaben/Bewertungskriterien:

- Projektbezeichnung,
- Bezeichnung des beauftragten Büros bzw. ggf. ARGE,
- ggf. Benennung der UnterAN,
- Aufgabenverteilung mit ARGE-Partner oder UnterAN,
- Projektbearbeiter (Projektleiter u. stellvertr. Projektleiter),
- Projektlaufzeit,
- Projektvolumen (KG 400),
- Neubau,
- Leistungsbilder,
- LPH,
- ALG.

Besondere, projektspezifische Kriterien aus Ref. 1-3:

- Neubau Sporthalle,
- Neubau Mensa,
- Versammlungsstätte mit Lüftungsanlage,
- Kombination Fassadenlüftungselemente und mechanische Abluftanlage,

- Tiefgarage mit Abluftanlage,
- Rasenbewässerungsanlage,
- Übernahme von fremder Planung.

Sonstiges:

- Die Ref.projekte sind in die „Liste geeigneter Referenzen“ einzutragen und auf max. 2 DIN A4-Seiten od. 1 DIN A3-Seite graph. darzustellen z.B. mit Plänen, Fotos etc. und Beschreibung in Textform.

Die detaillierte Bewertung ist aus der Auswahlmatrix ersichtlich, die mit dem Bewerberbogen abrufbar ist. Die bestmögliche Bewertung wird nur erreicht, wenn 3 Referenzen die genannten Kriterien vollumfänglich erfüllen. Die tlw. Erfüllung der genannten Kriterien führt nicht zum Ausschluss, sondern zu einer entsprechend geringeren Bewertung.

e) Der AG behält sich vor, Auskünfte von öffentl. u. priv. AG über die Ausführung der angegebenen Ref.projekte anzufordern. Bewerber, bei denen im Zuge der Referenzprüfung festgestellt wird, dass die gemachten Angaben nicht korrekt sind, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Berufsqualifikation: Mindestanforderung „Ingenieur“ oder „staatlich geprüfter Techniker“ der Fachrichtung Heizungs-, Sanitär-, Lüftungs-, Klima-, Versorgungstechnik (oder vgl.bar)

Berufserfahrung: Mindestanforderung sind 5 Jahre Berufserfahrung für den Projektleiter und 3 Jahre für den stellvertretenden Projektleiter im Leistungsbild HLS-Planungen.

Referenzzeitraum: Der Referenzzeitraum muss zwischen 1.1.2009 – 1.1.2019 liegen, die LPH 8 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen und LPH 8 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Es sind Nachweise nach Ziffer III.1.3) b) und c) dieser Bekanntmachung vorzulegen.

III.2.2. Contract performance conditions

Siehe Vergabe-/Auftragsunterlagen

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 18/02/2019 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Duration in months: 3 (from the date stated for receipt of tender)

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

a) Die ausgefüllten Teilnahmeanträge sind rechtsgültig zu unterschreiben und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Bewerbungsfrist elektronisch in Textform (eingescannte PDF-Datei) über die Vergabeplattform (<https://www.subreport.de>) einzureichen. Per Post oder per Email eingereichte Teilnahmeanträge sind ungültig und werden ausgeschlossen.

Nicht unterschriebene bzw. formlose Bewerbungen werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt.

Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Absatz 1 Satz 1 VgV).

b) Während der Bewerbungsphase sind Rückfragen ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist an den AG zu richten.

Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter der zuvor genannten Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist veröffentlicht.

c) Bewerbungsunterlagen können nur elektronisch eingereicht werden und verbleiben beim AG.

d) Geforderte Nachweise sind elektronisch, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung, der Bewerbung beizulegen.

e) Informationspflicht des Bewerbers:

Die Teilnehmer/die Bewerber verpflichten sich, sich eigenverantwortlich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Vergabeplattform zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bewerber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 6 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Vergabeplattform veröffentlicht.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Teilnahmeantrag auswirken, gelten folgende Regelungen:

Ist der Teilnahmeantrag bereits versandt worden, so ist dem Auftraggeber bis zum Ende der Teilnahmefrist über die Vergabeplattform mitzuteilen, sofern:

— der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und kein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird,

— der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und ein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird. Der neue Teilnahmeantrag muss vor Ende der Teilnahmefrist elektronisch vorliegen,

— der alte Teilnahmeantrag – ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben aufrechterhalten werden soll.

Auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Teilnahmefrist dem Auftraggeber elektronisch vorliegen muss.

— der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten werden soll. In dem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Teilnahmeantrag, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden muss. Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten wird.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer (§ 156 GWB): Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Postal address: Maximilianstraße 39

Town: München

Postal code: 80534

Country: Germany

E-mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telephone: +49 892176-2411

Fax: +49 892176-2847

Internet address: <http://www.regierung.oberbayern.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zu Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: siehe VI.4.1)

Town: München

Country: Germany

VI.5. Date of dispatch of this notice

18/01/2019